

SCHWABISCHES TAGBLATT

MIFFWOCHE, 8. DEZEMBER 1948

ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG FÜR WÜRTTEMBERG UND HOHENZOLLERN

4. JAHRGANG / NUMMER 117

500-Milliarden-Defizit

PARIS. Die Sachverständigen der französischen Regierung beraten zurzeit über Mittel und Wege, das voraussichtliche Defizit des französischen Staatshaushalts im Jahre 1949 in Höhe von 500 Milliarden Francs zu decken. Die Gesamtausgaben werden auf zwei Billionen Francs, die Einkünfte dagegen auf nur 1,5 Billionen geschätzt. Man hofft, etwa 300 Milliarden des Defizits durch neue Steuern oder Staatsanleihen auszufüllen zu können. Außerdem soll Ministerpräsident Queuille einschneidende Sparmaßnahmen planen, mit deren Hilfe die restlichen 300 Milliarden auszugleichen wären.

General de Gaulle bestritt am Montag die Richtigkeit einer Behauptung General Eisenhower's, er habe eine Schaustellung der bewaffneten Macht der USA in Paris angefordert, um seine Autorität in Paris nach der Befreiung zu stützen. De Gaulle betonte, am 25. August 1944 sei die Autorität der provisorischen Volksregierung Frankreichs in Paris und damit seine Person „einmütig und mit unbeschreiblichem Beifall“ anerkannt worden. Natürlich habe man die amerikanischen Divisionen, die über Paris an die Front rückten, mit militärischen Ehren begrüßt. Er habe sie aber niemals angefordert.

Am 1. April in New York

Vertagung der UN-Vollversammlung bestätigt

PARIS. Am Montag hat die UN-Versammlung die angekündigte Vertagung beschlossen. Überrasschend aber ist der weitere Beschluß gewesen, in New York erst am 1. April wieder zusammenzutreten, da man allgemein mit einer früheren Wiederaufnahme der Sitzungen gerechnet hatte. Die Vollversammlung wird nun nur noch über die Palästina-Frage beschließen, wobei es darum geht, ob die von der politischen Kommission angenommene Entscheidung über die Einsetzung einer Vermittlungskommission eine Zweidrittelmehrheit findet. Vorerst fehlen dazu noch sechs Stimmen. Es ist möglich, daß deshalb in letzter Stunde eine Abänderung erfolgt, wobei darauf verzichtet würde, die Aufgabe und den Tätigkeitsbereich der einzusetzenden UN-Kommission festzulegen. Die Abschnitte der von der politischen Kommission verabschiedeten Resolution, die das Statut von Jerusalem und die Rückführung der arabischen Flüchtlinge betreffen, werden wohl auch in der endgültigen Fassung beibehalten werden.

In der politischen Kommission ist ein russischer Antrag, die Frage der italienischen Kolonien vorläufig zu behandeln, abgelehnt worden. Die Kommission hat sich vielmehr dem Bericht der provisorischen Korea-Kommission über Korea zugewandt. Auf chinesischen Antrag wurde beschlossen, bei der Debatte einen Vertreter der südkoreanischen Regierung zuzulassen, während einem Antrag des Ostblocks, auch einen Vertreter Nordkoreas zuzulassen, abgelehnt worden ist. Ein Antrag, in der Debatte die Redezeit auf 30 Minuten zu begrenzen, wurde von Sowjetrußland abgelehnt, offenbar, weil es die Debatte über dieses Thema hinauszögern will, um eine Beschlußfassung vor der Vertagung der Vollversammlung zu verhindern.

Der Sozialausschuß der UN hat die endgültige Fassung der Erklärung der Menschenrechte, die gegenüber dem ursprünglichen Antrag zahlreiche Abänderungen enthält, gebilligt. Zwei Resolutionen sollen als Begleitdokument der Vollversammlung vorgelegt werden.

Angst vor „Fraternisierung“

WIEN. Wie am Montag in Wien bekannt wurde, erhalten die russischen Besatzungstruppen jetzt weniger als die Hälfte ihres Soldes in österreichischer Währung, um die „Fraternisierung“ zwischen den Soldaten und der österreichischen Bevölkerung möglichst zu unterbinden. Gleichzeitig sollen auch Befehle erteilt werden sein, wonach die Besuche russischer Soldaten in österreichischen Familien und in öffentlichen Gaststätten erheblich eingeschränkt werden müssen.

Der sowjetischen Militärverwaltung nahe stehende Kreise erklärten, die sowjetischen Befehlshaber machten sich Sorgen über den zunehmenden Einfluß westlicher Ideen auf ihre Truppe. In den letzten Monaten seien deshalb größere Truppenteile aus Wien in die Provinz verlegt worden, wo sie von ihren Offizieren schlechter beobachtet werden könnten. Gleichzeitig habe man zahlreiche Familienangehörige russischer Soldaten nach der Sowjetunion zurückgeschickt.

Peking und Nanking unmittelbar bedroht

NANKING. Die drei Armeegruppen der Kuomintang-Armee, die vor dem Fall der Stadt Sutschau nach Süden abgedrückt waren, um einer eingeschlossenen Gruppe 100 km südwestlich der Stadt zu Hilfe zu eilen, sind nun selbst eingekesselt worden, meldet der kommunistische Rundfunk. Es handelt sich dabei um 250 000 Mann. Ausländische Militärexperten erklären, daß diese Armeegruppen die Hauptmacht darstellen, die der Zentralregierung in Ostchina noch verblieben seien.

Am Sonntag räumten die chinesischen Regierungstruppen kampflös zwei Städte 40 bis 50 km von Peking, das nun unmittelbar bedroht ist. Durch das weitere Vorrücken der Kommunisten ist Nanking jetzt von Nordosten und Nordwesten her bedroht. Wie heute erst bekannt wird, ereignete sich vor Monatsfrist bei der Räumung einer mandschurischen Hafenstadt die wahrscheinlich größte Schiffskatastrophe der Geschichte. Durch die Kesselexplosion eines Handelsdampfers, die auf die am Bord befindliche Munition übergriff, sollen dabei 6000 Personen, größtenteils nationalchinesische Truppen, ums Leben gekommen sein.

„Eine Demonstration der Zivilcourage“

Befriedigung in den Hauptstädten der Westmächte über den Ausgang der Berliner Wahlen

WASHINGTON. Der Ausgang der Berliner Wahlen hat in den Hauptstädten der Westmächte lebhaftes Befriedigung hervorgerufen. Das Washingtoner Staatsdepartement veröffentlichte am Montag eine offizielle Erklärung, in der es u. a. heißt: „Die aus den Herzen kommende Beteiligung einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung der westlichen Sektoren Berlins an den freien und freien Stadtverordnetenwahlen war eine Demonstration der Zivilcourage, die die Bevölkerung schon in den letzten Monaten an den Tag gelegt und die ihr die Bewunderung der demokratischen Völker der Welt eingetragen hat.“ Unterrichtete Kreise bezweifeln jedoch, daß das Ergebnis der Wahlen zu einem Nachlassen der russischen Bemühungen, die Westmächte aus Berlin zu verdrängen, führen werde.

In der Umgebung des britischen Außenministers Bevin wurden die Wahlergebnisse als die besten Nachrichten bezeichnet, die man seit Beginn der Blockade aus Berlin erhalten habe. Sie bedeuteten eine Billigung der entschlossenen Politik der Westmächte.

In Pariser politischen Kreisen sieht man in den Berliner Wahlen „eine Art von Plebiszit aller wahrhaft demokratischen freibleiblich gesinnten Elemente gegen Moskau“. Das Abstimmungsresultat, so wird versichert, werde die Westmächte in ihrer Entschlossenheit, in Berlin zu bleiben, nur noch bestärken. Die „Prawda“ redet ihren Lesern ein, die Wahlen hätten in einer „Atmosphäre von Militär- und Polizeiterror“ stattgefunden. Der Moskauer Sender versteift sich sogar zu der Behauptung: „Die große Masse der Berliner Bevölkerung steht hinter dem Ostmagistrat“. Getreu der Moskauer Linie bezeichnet der Ostoberbürgermeister Friedrich Ebert die Wahlen als „verfassungswidrig, juristisch wertlos und antidemokratisch“.

Der stellvertretende Bürgermeister Dr. Friedensburg teilte einem Pressevertreter mit, daß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer nächsten außerordentlichen Sitzung vorschlagen werde, daß der bereits vor anderthalb Jahren zum Oberbürgermeister gewählte, aber von den Sowjetbehörden abgelehnte Prof. Ernst Reuter (SPD) den Posten des Oberbürgermeisters übernehmen solle. Frau Louise Schroeder sei damit einverstanden, diese Maßnahme entspreche ihrem eigenen Wunsch, von den Amtsgeschäften entbunden zu werden.

Das Hauptwahlamt gab folgendes vorläufiges Endergebnis aller 1572 Stimmbezirke bekannt: Gültige Stimmen 1 330 820, ungültige 37 158, Wahlbeteiligung 86,2 Prozent. SPD 858 100 (64,5 Proz.), CDU 258 496 (19,4 Proz.), LDP 214 224 (16,1 Proz.).

Das überwältigende Ergebnis der Berliner Wahlen ist nicht zuletzt den wahlberechtigten Berlinerinnen zuzuschreiben. Wahlberechtigt waren 1 530 575 Personen, davon 600 934 Männer und 929 641 Frauen. Während von den wahlberechtigten Frauen mehr als 90 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, belief sich die Wahlbeteiligung der Männer nur auf etwa 87 Prozent.

Sieg der französisch-britischen Opposition?

Amerikanische Zugeständnisse in der Demontagefrage

LONDON. In Anwesenheit des Administrators des ECA, Paul Hoffman, amerikanischer Industrieschachverständiger begannen am Montag die Beratungen über das deutsche Demontageprogramm. Bei den Besprechungen sind französische und britische Botschafter anwesend. Den Verhandlungen wird der Bericht des Sonderausschusses der ECA, der in den letzten Wochen eine Ueberprüfung des Demontageprogramms durchführte, zugrunde gelegt. Sobald Empfehlungen ausgearbeitet sind, sollen nach Billigung durch Washington Großbritannien und Frankreich zur Teilnahme an der Konferenz aufgefordert werden, der dann die Empfehlungen zur endgültigen Beratung und Beschlußfassung vorzulegen sind.

Der Sonderausschuß des ECA befürwortet den Verbleib einer kleinen Anzahl der zur Demontage vorgesehenen Werkanlagen — etwa 50 bis 100 — in Deutschland. Ursprüng-

lich wollte der Ausschuß von der Liste der insgesamt 682 zur Demontage vorgesehenen Werke 400 absetzen. Das jetzige Ergebnis wird als weitgehende Berücksichtigung der französisch-britischen Opposition gewertet. Man rechnet jedoch damit, daß selbst diese Vorschläge auf französisch-britischen Widerstand stoßen.

Der britische Außenminister Bevin kehrte am Montag nach vierwöchigem Urlaub in seinen Amtssitz zurück. Kurz nach seiner Ankunft wurde er von Paul Hoffman aufgesucht.

Der europäische Sondervertreter der ECA, Avarill Harriman, hat sich überraschend von Washington über Paris nach London begeben, um Paul Hoffman dort vor seiner Abreise nach China noch zu treffen. Diese plötzliche Reise hat in amerikanischen wie in englischen Kreisen große Ueberraschung ausgelöst. Ab Paris begleitete Harriman der Leiter der amerikanischen Delegation bei der UN, John Foster Dulles.

Europabesuch Trumans?

WASHINGTON. Wie aus dem Weißen Haus in Washington verlautet, erwägt Präsident Truman zurzeit, nach Unterzeichnung des Atlantikpakts eine offizielle Reise nach Europa anzutreten. Sein Besuch in den Hauptstädten Westeuropas sei dann als Demonstration der Solidarität zu werten. Admiral Leahy ist nach dieser Meldung zu Präsident Truman gebeten worden, seine Reise durch einen Besuch in London, Paris, Brüssel, den Haag und Rom vorzubereiten und gleichzeitig an Ort und Stelle die Verteidigungskraft der Atlantikpaktländer sowie ihre Bedürfnisse an Ausrüstungs- und Bewaffnungsmaterial zu überprüfen.

Europäische Militärs in den USA

WASHINGTON. Das Staatsdepartement der USA gab am Montag bekannt, daß es im Verlauf dieser Woche die Verhandlungen über den Atlantikpakt mit den Vertretern der Westunion wiederaufzunehmen beabsichtigt.

Der kanadische Botschafter in den USA, Hume Wrong, erklärte, Kanada und die USA sollten bestrebt sein, die Möglichkeit einer künftigen Aggression durch gemeinsame Bemühungen auszuschalten: „Wenn sich aber dennoch ein Angriffskrieg entwickelt, müssen wir gut vorbereitet sein, ihn so weit wie möglich von unserem Kontinent fernzuhalten.“ Das genannte Ziel lasse sich am wirksamsten durch den angestrebten Atlantik-Sicherheitspakt verwirklichen.

Maßgebliche Kreise der USA sehen in der Anwesenheit zahlreicher Militärs europäischer Staaten in den USA ein sicheres Anzeichen dafür, daß die Fertigstellung des Atlantikpaktes beschleunigt werden soll und das Programm der militärischen Hilfe Amerikas für Westeuropa Gestalt annimmt.

Aus der Anwesenheit des italienischen Generalstabschefs, General Marras, zieht man den Schluß, daß sie mit dem möglichen Beitritt Italiens zum Atlantikpakt in Beziehung stehe. Dieser Tage trafen außerdem der französische Luftfahrtminister Jean Moreau an der Spitze einer Gruppe französischer Luftwaffenoffiziere, und drei hohe englische Militärs, Generalleutnant Crawford vom Empire-Generalstab, Luftmarschall Cochran, der Chef des Ausbildungsstabes der Royal Air Force und Manning, der Direktor der britischen Luftfahrtproduktion in Washington ein.

Dem amerikanischen Generalstab nahe stehende Kreise geben Gerüchte über eine bevorstehende Rückberufung General Eisenhower's weiter. Dabei soll aber keineswegs der amerikanische Generalstabschef Bradley durch Eisenhower abgelöst werden, sondern letzterer die Stellung eines Schlichtrichters zwischen den drei Waffengattungen, die in Kürze unter einem einheitlichen Oberbefehl und eigenem Generalstab vereint werden, einnehmen und Vorsitzender der Kommission der Generalstabschefs werden.

Ueberprüfung der Tokioter Urteile

TOKIO. Ein Beschluß des Obersten Bundesgerichts der USA, die Urteilsprüche des Internationalen Gerichtshofs im Tokioter Kriegsverbrecherprozeß in einigen Fällen einer Revision zu unterziehen, hat in alliierten japanischen Kreisen wie in japanischen Kreisen Tokios tiefen Eindruck gemacht. Der Internationale Gerichtshof bezeichnete den Beschluß als „un glaublich“. In japanischen Kreisen fragt man sich jetzt sogar, ob wohl das Tokioter Urteil gegen General Tojo, das entgegen anderen Mitteilungen noch nicht vollstreckt ist, aufrechterhalten wird.

Verteidigung des Westens

Oh. Noch nie in seiner neueren Geschichte ist Europa so sehr bedroht gewesen. Nach seinem erfolgreichen Vorstoß in den Jahren 1945 bis 1948 hat das Slawentum seinen Machtbereich bis weit nach Mitteleuropa hinein vorgeschoben. Außer seinen Siegen über Hitler haben ihm die Abkommen von Jalta und Potsdam dazu die Möglichkeit gegeben, da der alte russische Imperialismus aber mit einer ganz neuen politischen Eroberungsform, dem Bolschewismus, gepaart ist, haben bei dem Vordringen der Russen bis zur Elbe nicht nur die Slawen über die Teutonen gesiegt, wie ein englischer Historiker es einmal unmißbar nach dem zweiten Weltkrieg formuliert hat, eine Ansicht, die der typischen britischen Inselmentalität entsprang. Die russisch-bolschewistische Aggression, die seit zwei Jahren ständig zunahm, und deren Ziel die Beherrschung Europas ist, hat den Westen und die Engländer schon längst darüber belehrt, daß es mehr als eine Auseinandersetzung zwischen Germanen und Slawen ist, was wir erleben. Die Westmächte haben begriffen, daß es, wenn das ganze Abendland nicht zugrunde gehen soll, höchste Zeit ist, gegen den Gegner, den man für Hitler eingetauscht hat, alle Kräfte zu mobilisieren, und die gemeinsame Verteidigung zu organisieren. Die Verhandlungen erstrecken sich bereits auf die Völker zu beiden Seiten des Atlantik, weil die Westunion ohne amerikanische Rückendeckung vorerst kaum stark genug ist, Moskau von der Durchführung seiner Pläne abzuhalten.

Es ist zwar nicht so, daß England, Frankreich und die anderen westeuropäischen Mächte infolge der Ausblutung durch zwei auf im Grunde längst überlebte Nationalismen zurückzuführen Kriege ohne die Vereinigten Staaten unbedingt eine leichte Beute der Russen werden müßten. Zwar sind die Verluste allein des letzten Krieges für Westeuropa und für Deutschland zusammen mit 350 Milliarden Dollar, ohne die enorm gestiegene Verschuldung, nicht zu hoch angesetzt, und die menschlichen und industriellen Einbußen werden auf lange Zeit nicht ausgeglichen sein. Wir sind auch noch weit von der ökonomischen und industriellen Einheit entfernt, zu der Europa einmal gelangen muß, weil sie erst die vollständige Ausschöpfung der in unserem Kontinent schlummernden Möglichkeiten gestattet wird. Wir dürfen uns in dieser Hinsicht nicht durch die derzeitige Unterversorgung Europas mit lebenswichtigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln und die starke Abhängigkeit von Uebersee beirren lassen. Das ist eine unmittelbare Auswirkung des letzten Krieges, entspricht aber nicht den tatsächlichen Gegebenheiten Europas. Es wird häufig übersehen, daß auch bei der höchstmöglichen Entfaltung der technischen Arbeitsbedingungen die menschliche Arbeitskraft noch immer eine große Rolle spielt und daher Westeuropa mit seinen 290 Millionen gegenüber den 150 der USA mit den 180 der Sowjetunion große Aussichten hat. Daß unser Kontinent bisher keine politische und wirtschaftliche Einheit bildet, braucht ja nicht als unabänderlich angesehen zu werden. Vorerst allerdings bedarf Europa, wie gesagt, der Unterstützung und zu seiner Verteidigung der militärischen Hilfe der Vereinigten Staaten. Washington weiß dabei wohl, daß es sich mit den bereitwillig gewährten Milliarden zugleich einen, wie es annimmt, mittels der Marshall-Gelder auch rasch realisierbaren Markt für seinen Kapital- und Warenüberschuß in der Zukunft sichert.

Die entscheidende Frage ist allerdings: werden die USA und Westeuropa die Zeit haben, ihre Zusammenarbeit auszubauen und zu konsolidieren, oder wird die sowjetische Politik nicht gerade darin bestehen, einer solchen Entwicklung durch einen Angriff vorzuzukommen? Die Haltung der Sowjets in der Berliner Frage ist bei aller Aggressivität doch so, daß beide Möglichkeiten noch offen stehen. Aber sicher ist, daß die Aussichten der Russen, mit einem Krieg ihr Ziel zu erreichen, schlechter werden, je rascher der europäische Westen die Folgerung daraus zieht, daß auf die Dauer dem sowjetischen Großraumblock und dem amerikanischen gegenüber nur ein wirtschaftlich und politisch zu einer Einheit gewordenen Europa sich eine gewisse Unabhängigkeit sichern kann. Es ist nicht zuletzt der Sinn des geplanten Atlantikpaktes Europa die Ruhe für die Fortführung der Politik zu geben, die mit vorerst noch bescheidenen Ansätzen zu einer Europaunion bereits eingeleitet ist und die den westeuropäischen Staaten, wie es in der bekannten Europa-Denkchrift der britischen Labourpartei „Feet on the ground“ heißt, die Machtstellung geben soll, die sich wohl mit der der Sowjetunion oder den Vereinigten Staaten von Amerika vergleichen ließe.

Es ist im Rahmen der von den Amerikanern mit überraschendem Elan vorangetriebenen westeuropäischen Entwicklung selbstverständlich nicht gleichgültig, was mit und in Deutschland geschieht, das ohne Rücksicht darauf ob die europäisch-amerikanische Verteidigungslinie am Rhein oder an der Elbe liegt, mindestens Vorfeld, wenn nicht gar bei einer Auseinandersetzung eigenliches Kampfgebiet würde. Natürlich kann es unter Umständen auch bedeutsam sein für welche Seite

Metallwirtschaft und Marshallplan

Von Dr. Karl Albrecht

Nachdem kürzlich die Wiederaufbaupläne der europäischen Partnerländer am Marshall-Plan für das Jahr 1948/49 endgültig verabschiedet worden sind, besteht jetzt die Möglichkeit, auf wichtigen Teilgebieten der Wirtschaft vergleichende Untersuchungen anzustellen.

Daß die deutschen Westzonen im Jahr 1947 besonders schlecht mit Metallen versorgt worden sind, hat die deutsche Wirtschaft und der deutsche Konsument erfahren müssen.

Verbrauch an NE-Metallen 1947 und 1948/49

Table with columns: Metall, Jahr, Franz. Zone, Bi-Zone, Oesterreich, Schweiz, ERP. Rows include Aluminium, Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Nickel.

In der Tabelle I werden die Verbrauchszahlen für Aluminium, Kupfer, Blei, Zinn und Nickel, jeweils in 1000 t, angegeben und zwar für die Jahre 1947 und 1948/49.

Wie viele Flüchtlinge in Deutschland?

Über die in Restdeutschland aufgenommenen Flüchtlinge und Ausgewiesenen werden häufig unzutreffend hohe Zahlen bis zu 18 Millionen genannt.

Postcheckverkehr mit Berlin

FRANKFURT. Zur Erleichterung des Wirtschaftsverkehrs mit den Westsektoren Berlins sind nach einer Mitteilung der Bank deutscher Länder jetzt auch unmittelbare Überweisungen in DE auf Postcheckkonten beim Postcheckamt Berlin-West unbeschränkt zugelassen.

Finanzen, Kredite und Preise

BADEN-BADEN. Ein Bericht der Wirtschaftsstellung der französischen Militärregierung enthält aufschlußreiche Einzelheiten über die Entwicklung der Finanzen in der französischen Zone.

Die 5 Pfennig-Filcher-Ausgaben haben sich dagegen nur in wesentlich kleinerem Umfang verringert; sie betragen etwa 7 Prozent der Lasten vor der Sparreform.

Anteil des Verbrauchs an NE-Metallen am Gesamtverbrauch aller ERP-Länder

Table with columns: Metall, Jahr, Franz. Zone, Bi-Zone, Oesterreich, Schweiz. Rows include Aluminium, Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Nickel.

In der Tabelle II sind die Prozentzahlen des Verbrauchs der genannten vier Gebiete ausgewiesen, die das Verhältnis zu dem Gesamtverbrauch aller Partnerländer des ERP angeben.

Der Wein wird billiger

Marktlage noch uneinheitlich / Konkurrenz der Auslandswine

In einigen Weinbaugebieten von Rheinland-Pfalz sind seit kurzem bemerkenswerte Preisrückgänge am Weinmarkt zu verzeichnen.

An der Oberhardt, wo neuer Weißwein (mit Hefe) noch vor kurzem zu zirka 2400 DM für 1000 Liter gehandelt wurde, kostet er heute ohne Hefe zirka 2200 DM.

Die Winzer zeigen angesichts dieser Entwicklung eine ausgesprochene Zurückhaltung beim Verkauf; in der Regel setzen sie nur so viel ab, wie sie an Bargeld für Anschaffungen, Steuerzahlungen usw. benötigen.

Auch aus dem Rheingau wird ein Rückgang der Weinpreise gemeldet, hatten bis vor kurzem die Preise für Jungweine und Moste hier noch meist um 2000 DM pro Halbtrock (600 Liter) gelegen.

Gewinnreicher Walfang

K. Die jetzt vorgelegten Geschäftsabrechnungen mehrerer englischer Walfanggesellschaften lassen die reichen Gewinne hervortreten, die der Walfang den Aktionären sichert.

Zwei weitere englische Walfang-Gesellschaften haben ebenfalls ihre Geschäftsabrechnungen für 1947 auf 48 vorgelegt.

Die Tochtergesellschaft der Hector Whaling, die United Whales, verstellen aus einem Reingewinn zusätzl. Vortrag von zusammen 345 703 Pfd. Sterling eine Abschlußdividende von 45 Prozent

Umschau im Lande

Rückzahlungen an Kriegsgefangene

Ehemalige Kriegsgefangene, denen bei der Gefangenennahme deutsche Zahlungsmittel abgenommen wurden, können nun bei den Landeszentralbanken die Auszahlungen des DM-Gegenwertes beantragen.

Zur Schulwahl am 12. Dezember

Tübingen. Vom Kultusministerium wird mitgeteilt: Am 12. Dezember finden die Schulwahlen statt, bei der die Erziehungsberechtigten aufgerufen sind, das ihnen durch die Verfassung des Landes übertragene Recht auszuüben.

Die neuen Bürgermeister

Tübingen. Bei den am vergangenen Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahlen wurden in folgenden größeren Städten unseres Landes als Bürgermeister wiedergewählt:

Fünf Jahre Zuchthaus für Abreibung

Rottweil. Einer der größten Abreibungsprozesse unseres Landes fand am vergangenen Freitag und Samstag in Rottweil statt.

Auch ein Zeichen der Zeit

Tutlingen. Am 3. Dezember abends gingen verschiedene als Nikolaus verkleidete Personen, um Kinder durch ihr Auftreten eine Freude zu machen.

Zusammenschluß der Körperbeschädigten

Freiburg. Vertreter der Verbände der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen aus den drei Ländern der französischen Zone haben sich in der Erkenntnis der unbedingt notwendigen zukünftigen Gemeinschaftsarbeit zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Zur Schulwahl am 12. Dezember

Tübingen. Vom Kultusministerium wird mitgeteilt: Am 12. Dezember finden die Schulwahlen statt, bei der die Erziehungsberechtigten aufgerufen sind, das ihnen durch die Verfassung des Landes übertragene Recht auszuüben.

Die neuen Bürgermeister

Tübingen. Bei den am vergangenen Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahlen wurden in folgenden größeren Städten unseres Landes als Bürgermeister wiedergewählt:

Fünf Jahre Zuchthaus für Abreibung

Rottweil. Einer der größten Abreibungsprozesse unseres Landes fand am vergangenen Freitag und Samstag in Rottweil statt.

Auch ein Zeichen der Zeit

Tutlingen. Am 3. Dezember abends gingen verschiedene als Nikolaus verkleidete Personen, um Kinder durch ihr Auftreten eine Freude zu machen.

Zusammenschluß der Körperbeschädigten

Freiburg. Vertreter der Verbände der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen aus den drei Ländern der französischen Zone haben sich in der Erkenntnis der unbedingt notwendigen zukünftigen Gemeinschaftsarbeit zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

ren des Wiederaufbaus es gelingen wird, die beginnende Verbesserung der Metallversorgung der drei Zonen Westdeutschlands und Oesterreichs weiterhin nachhaltig zu steigern.

Zu den Weihnachtsgratifikationen

FRANKFURT. Die Weihnachtsgratifikationen dürfen nach einer Mitteilung der Verwaltung für Arbeit nicht herabgesetzt werden.

Für die steuerliche Behandlung der Weihnachtsgewinne gelten folgende Richtlinien: Weihnachtsgewinne, die in der Zeit vom 1. November 1948 bis 31. Januar 1949 erzielt werden, sind nach einer Mitteilung der Verwaltung für Finanzen von der Lohnsteuerpflicht befreit.

Haushandversorgungen 1948/49 gebessert

Das Kohlenkontingent für die Haushandversorgungen Südbadens ist, wie das „Handelsblatt“ zu berichten weiß, von bisher 17 000 t in diesem Winter auf 45 541 t erhöht worden.

Hierzu läßt das Wirtschaftsministerium Württemberg-Hohenzollern auf Anfrage wissen, daß das Haushandkontingent für das Land Württemberg-Hohenzollern von bisher 11 000 t im Winter 1948/9 auf zunächst 24 000 t erhöht werden konnte.

Eine neue Steuer: „Aufwandsteuer“

FRANKFURT. Nach einer Mitteilung von Direktor Hartmann bereitet die Verwaltung für Finanzen des vereinigten Wirtschaftsgebietes einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Aufwandsteuer vor.

Mangelhafte Getreidelieferung

BADEN-BADEN. Die Getreidelieferung nach der diesjährigen Ernte ist auch in der französischen Zone bis jetzt keineswegs betriebsmäßig gelaufen.

Höchstpreise für Penicillin

LUDWIGSHAFEN. Für den Regierungsbezirk Pfalz wurden für den Verkauf von einwertigen Penicillin in Ampullen oder Tablettenform folgende Höchstpreise festgesetzt:

30 000 Lebensmittelkarten sichergestellt

Ulm. Die Kriminalpolizei nahm drei Personen fest, unter deren Diebstahl man im Keller eines zerstörten Gebäudes 30 000 Lebensmittelkarten aufgefunden hatte.

Quer durch die Zonen

Eine Musikerkapelle für Stadt und Kreis Lindau wurde dieser Tage in Lindau gegründet. Der 63jährige Bauer Franz Haller in Wegershausen bei Friedrichshafen geriet, als ihm die Pferde scheuten unter seinen Wagen, wobei er so schwere Verletzungen davontrug, daß er bald darnach gestorben ist.

Wir suchen!

Le Service des Personnes de France, Schind, B 3 14 11, Baden, bietet um Auskunft über das Schicksal oder die jetzige Adresse der folgenden vermählten Personen französischer Nationalität:

Bonnet André Marie, am 1. 4. 1907 in Bayonne geb.; am 15. 8. 1948 im Gefängnis von Chonaitz, Kz. Flossenbürg in den Block 29 und 21, im Dezember 1944 in Herbruck Kriegsgefangener als Zivilarbeiter seit Mai 1944, letzte Adresse Stalag IV F Betriebslager AEG in Annaberg, Bonnet Marcel, am 25. 7. 1903 in Paris geb.; von Wernigerode (Hannover) entflohen nach der Gegend des Harzes am 5. 4. 1905, Bernier Maurice, am 8. 9. 1912 in Nizza geb.; am 25. 8. 1944 von der Gestapo verhaftet und nach Flossenbürg deportiert, am 11. 11. 1944, am 7. 12. 1944 nach Hatzefeld verlegt, Brabant Jean Baptiste, am 6. 5. 1911 geb.; am 17. 1. 1944 verhaftet nach Mauthausen deportiert, 1943 in einem amerikanischen Spital in Mauthausen, Hiclot André, Kzpf. seit 1940, Kommando 289 Stalag VIII C Nr. 43 157, Berthome Georges, am 28. 6. 1909 in La Roche 6/Yos geb.; war im KZ Buchenwald, Kalberstadt, Wittenburg, verhaftet seit 21. 4. 1943, Bourcia Pierre Françoise, am 25. 5. 1911 geb.; war in Buchenwald am 16. 4. 1944, wurde von den Deutschen wegen rühm-Routeville Robert, am 22. 15. 1904 geb.; war in Buchenwald, Dora, Bergen-Belsen, Bonnet Jean Marie, am 15. 3. 1908 in Priv. Couronne geb.; war in Dachau, Boyer Pierre, am 25. 12. 1911 geb.; war in Sachsenhausen-Oranienburg, Bloch Benjamin, am 25. 2. 1897 in Soult geb.; nach Drancy am 29. 4. 1944 deportiert, dann in unbekannter Richtung weiterdeportiert, Bloch Pierre, am 20. 11. 1921 in Mauthausen geb.; am 29. 4. 1944 von Drancy in unbekannter Richtung deportiert, Bloch Dorca, geb. 1908, am 12. 12. 1944 in Dismersheim geb.; von Drancy am 29. 4. 1944 nach Auschwitz deportiert, Bonoi Fernand, am 6. 5. 1895 geb.; nach Buchenwald, Dora, Mauthausen deportiert, Besson-Poulet Henri, am 25. 8. 1897 geb.; am 25. 1. 1944 nach Sachsenhausen deportiert, im Lager von Mauthausen unter Nr. 8964 zusammen mit Bourdier Pierre, am 25. 1. 1943 in Mauthausen, am 25. oder 26. 3. 1945, Boyer Pierre, 45 Jahre alt, 1944 verhaftet und in die Zone Dora, Nordhausen, Buchenwald, Kitzlich und Mauthausen deportiert.

Christliche Gemeinschaftsschule oder Bekenntnisschule?

Das 'Schwäbische Tagblatt' hat Anhänger der verschiedenen Schulformen um eine Stellungnahme gebeten. Wir veröffentlichen diese Beiträge im Hinblick auf die Abstimmung am kommenden Sonntag.

Wo verläuft die Front?

Von Dr. Manfred Weber

Bei der kommenden Wahl zur Schulform ist vor allem dies zu beachten: Die Entscheidung fällt nicht zwischen Konfessionsschule und Simultanschule. Hier die Alternative so, dürfen wir keinen Moment zögern, der Konfessionsschule unsere Stimme zu geben, selbst um den teuren Preis einer Aufspaltung unserer Schuljugend. Denn die Erfahrung hat zu deutlich gezeigt, was aus dem Menschen wird, wenn man ihm Christus nimmt. Nun haben aber wir Eltern nicht zwischen Schule und Simultanschule zu wählen, sondern zwischen Konfessionsschule und christlicher Gemeinschaftsschule.

Man sage nicht, es gebe kein den beiden Konfessionen gemeinsames Christentum. Das gibt es wahrhaftig, und wir haben es beglückend erlebt im Schützengraben und in den Gefangenenern. Wir haben dabei das Trennende vergessen, ohne deshalb unchristlich zu sein. Es war uns Heimkehrern dann eine der schmerzlichsten Enttäuschungen, daß sich die alten konfessionellen Fronten wieder bemerkbar machten, nachdem kaum der Druck von außen her aufgehört hatte. Und nun soll die Kluft noch mehr aufgerissen werden?

Im Osten haben sich die Kirchen zu einer 'Notgemeinschaft' zusammengeschlossen. Und bei uns? Müßten nicht auch wir erkennen, daß die Frontlinie nicht mehr zwischen katholisch und evangelisch verläuft, sondern zwischen christlich und nichtchristlich! Es ist höchste Zeit, daß wir uns zu einer gemeinsamen christlichen Bekenntnisfront zusammenfinden! Geben wir es ehrlich ein: die Konfessionen haben durch ihren jahrhundertelangen Hader und den Mangel an gegenseitigem Verständigungswillen mit dazu beigetragen, daß die verderbliche Parole 'Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens' damals so starken Widerhall fand. Man hat im Zusammenhang damit die Konfessionsschule durch das andere Extrem, durch die weltliche Simultanschule abgelöst.

Sollten wir nun zurück zur überlebten Form der Konfessionsschule?

Nein. Richten wir unsern Blick schöpferisch nach vorn; unser Weg geht weiter zu einer höheren Synthese, zur christlichen Gemeinschaftsschule. In ihr braucht das Religiöse genau so wenig wie in der Konfessionsschule auf den Religionsunterricht eingeschränkt zu bleiben. Das Wesentliche unseres Christentums ist so sehr beiden Konfessionen gemeinsam, daß in der christlichen Gemeinschaftsschule der christliche Gedanke in gleichem Maß alle Unterrichtsfächer zu bezaubern vermag.

Die Verwirklichung hängt ganz und gar ab von der Lehrerbildung. Sie ist im Grund das Entscheidende und nicht die äußere Schulform. Sorgen wir für die Heranbildung wahrhaft christlicher Lehrerpersönlichkeiten und geben wir ihnen eine gewisse Unterstützung in christlichen Elternvereinigungen, dann wird sich die christliche Gemeinschaftsschule heilend und wohlweisend auf den ganzen Volkkörper auswirken.

Katholik und Schulwahl

Von Oberstudienrat K. Löffler

Die Förderung der Bekenntnisschule ist für jeden überzeugten Katholiken eine Selbstverständlichkeit. Sie gründet sich auf unwiderlegbare Tatsachen des Naturrechts, der Erziehungsethe und des christlichen Glaubens.

Das erste Erzieherrecht kommt ohne Zweifel den Eltern zu. Sie, die dem Kinde das Leben schenken, haben ein Recht darauf, daß

die Schule ihr Erzieherwerk achtet, anerkennt und weiterführt. Erziehung will freilich mehr sein als bloße Unterrichtung; sie soll den ganzen Menschen formen und bilden. Nur eine Bekenntnisschule vermag diese Aufgabe aus der Einheit des Glaubens heraus zu leisten. Eine staatliche Einheitschule ist dazu nicht imstande, auch wenn sie den Namen 'christliche Gemeinschaftsschule' trägt. Ist sie doch um der andersgläubigen Schüler willen gezwungen, auf die tiefsten, bekenntnistypisch geprägten Glaubenskräfte zu verzichten.

Mit Recht nimmt darum Pius XI. in seiner Erziehungsentzyklika die Forderung der Bekenntnisschule in Schutz: 'In keinem Volk der Welt treiben die Katholiken dadurch Parteipolitik, daß sie ihren Kindern die katholische Schule zu verschaffen suchen; vielmehr leisten sie damit religiöse, von ihrem Gewissen als unerlässlich geforderte Arbeit.'

So klar und unbefristet wir an dieser grundsätzlichen Forderung festhalten, so soll es bei der Wiedereinführung der unter flagranten Rechtsbeugung entzogenen Schulform nicht an praktischen Entgegenkommen fehlen. Sieht schon das Schulgesetz für kleine Gemeinden die Zusammenlegung nicht lebensfähiger Schulgebäude vor, so wird sich die Kirchenbehörde in Härtefällen bei aller Wahrung des grundsätzlichen Rechtes in der Bekenntnisschule elastischer und weiter zeigen, als einzelne Parteien dies in der Gemeinschaftsschule zu tun beabsichtigen.

In der Bekenntnisschule werden die Kinder zur Versöhnlichkeit erzogen. Dadurch wird die konfessionelle Trennung unseres Volkes viel eher überbrückt als in der Gemeinschaftsschule, wo die Schüler wöchentlich zweimal im Religionsunterricht auseinandergehen und so die Trennung augenfällig empfinden.

Bei der probeweisen Einführung der Bekenntnisschule in einigen Städten des Landes sind finanzielle Mehraufwendungen nicht entstanden. Die allgemeine Durchführung verursacht also, wie die Erfahrung zeigt, keine Mehrbelastung für den Staatshaushalt. An eine Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht aber denkt niemand in der Kirche.

Staatsministerium antwortet den Parteien

Die evangelischen Kreise Württemberg-Hohenzollern setzen sich im Gegensatz zu denen Württemberg-Stadens im allgemeinen für die Bekenntnisschule ein, da sie befürchten, daß von einem katholisch geleiteten Kultusministerium die Lehrerstellen an Gemeinschaftsschulen auch in ausgesprochen protestantischen Gemeinden mit Katholiken besetzt würden. Diese Bedenken haben wohl zu der folgenden Anfrage der drei Parteien geführt, die wir zusammen mit der Antwort des Kultusministeriums veröffentlichen.

TÜBINGEN. Das Kultusministerium Württemberg-Hohenzollern teilt mit:

Die Fraktionen der SPD, DVP und KPD haben folgende gemeinsame Kleine Anfrage an die Regierung gerichtet:

Ist die Staatsregierung bereit, zuzustimmen, daß an christlichen Gemeinschaftsschulen in ausschließlich oder überwiegend evangelischen Gemeinden nur evangelische Lehrkräfte verwendet werden und daß an allen anderen Gemeinschaftsschulen die konfessionelle Zusammensetzung der Lehrerschaft entsprechend derjenigen der Schülerschaft gestaltet wird?

Das Staatsministerium hat den Fragestellern, die sich mit einer schriftlichen Beantwortung ihrer Frage einverstanden erklärt haben, folgende Antwort erteilt:

Das Kultusministerium hat für eine loyale und korrekte Durchführung der Schulwahlen Sorge zu tragen, ohne irgendwie die Willensumgebung der Erziehungsberechtigten zu beeinflussen.

Nach Durchführung der Schulbestimmung wird es sich darum handeln, an evangelischen Bekenntnisschulen ausschließlich evangelische Lehrkräfte und an katholischen Bekenntnisschulen ausschließlich katholische Lehrkräfte zu verwenden. An christlichen Gemeinschaftsschulen, in welchen Schüler beider christlicher

Ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit werden am kommenden Sonntag die katholischen Eltern zusammen mit vielen evangelischen Christen ihre Stimme für die Bekenntnisschule geben.

'Die gegebenen Umstände'

Von Dr. Heinz Autenrieth

In weiten evangelischen Kreisen bestand der Wunsch, daß in Südwürttemberg dieselbe Regelung der Schulform durchgeführt würde wie in Nordwürttemberg. Dort ist die christliche Gemeinschaftsschule die einzig gültige Schulform. Dies wäre auch auf Grund von Art. 114 der Verfassung von Württemberg-Hohenzollern noch möglich gewesen trotz der in ihr enthaltenen begründeten Neuerung, daß über die Schulform die Erziehungsberechtigten und nicht der Landtag bestimmen sollen. Erst das Schulgesetz brachte die entscheidende, die Lage in unserem Lande gegenüber Nordwürttemberg völlig ändernde Bestimmung. Danach wird nicht in einer für das ganze Land einheitlich geltenden Entscheidung darüber abgestimmt, ob Bekenntnisschule oder christliche Gemeinschaftsschule die künftige Schulform in allen Gemeinden sein solle.

Das bedeutet bei der Haltung der katholischen Elternschaft, die auf den Rat ihrer Kirche hin, sich fest entschlossen für die katholische Konfessionsschule einsetzen wird, daß die evangelischen Eltern sich nicht verhehlen dürfen, daß nunmehr eine echte christliche Gemeinschaftsschule, bei der die Kinder beider Konfessionen gemeinsam auf einer Schulbank sitzen, herbeigeführt werden. Uebrigens ist wie in anderen Städten, so auch in Tübingen schon seit zwei Jahren durch eine Verordnung des Kultusministeriums vom Sommer 1946 vollzogen. Es handelt sich beim Eintreten für die evangelische Bekenntnisschule nur um eine Fixierung des heutigen Tatbestandes.

Es ist wichtig, sich klar zu machen, was unter den obwaltenden Umständen der Unterschied zwischen christlicher Gemeinschaftsschule und Bekenntnisschule ist. Leider hat man für die heutigen Schulformen alte, tradi-

tionengebundene Namen genommen, deren Inhalt aber heute völlig neu zu bestimmen ist. In beiden Schulformen ist der Religionsunterricht lehrplanmäßiges Pflichtfach. Beide Schulen sind staatliche Schulen, in deren Verwaltung, Ordnung und Aufsicht die Kirche nicht eingreifen kann und will. Geistliche Schulaufsicht ist nicht zu befürchten. Die Freiheit der Lehrer, Religionsunterricht zu erteilen oder nicht, bleibt ihnen auch in der evangelischen Bekenntnisschule durchaus gewahrt. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die Regierung verpflichtet ist, an eine Bekenntnisschule jeweils nur Lehrer des betreffenden Bekenntnisses anzustellen.

Will die evangelische Elternschaft, daß auch ihre Kinder von evangelischen Lehrern erzogen werden, so bleibt ihr, da eine Schulgemeinschaft mit der katholischen Seite hinlänglich geworden ist, unter den gegebenen Umständen nichts anderes übrig, als einheitlich für die evangelische Bekenntnisschule zu stimmen.

Schule in Gefahr

Von Präsident Wilhelm Wirthele, M.A.L.

Wer am kommenden Sonntag zur Abstimmung über das Schulgesetz schreitet, tut gut daran, sich das Für und Wider in der Streitfrage: Christliche Gemeinschaftsschule - Bekenntnisschule noch einmal eindringlich vor Augen zu führen, denn es geht um viel mehr, als die einfache Gegenüberstellung dieser beiden Begriffe auf den ersten Blick vermuten läßt.

Artikel 109 der Verfassung des Landes Württemberg-Hohenzollern spricht dem Willen der Erziehungsberechtigten Berücksichtigung im gesamten Schulwesen zu, 'soweit dies mit der Aufgabe der Erziehung und mit einem geordneten Schulbetrieb vereinbar ist.' Was aber versteht man unter einem 'geordneten Schulbetrieb'? Nehmen wir an, der politische Wille weiter Kreise der CDU lände als Folge des Abstimmungsergebnisses in einem entsprechenden Gesetz seinen Niederschlag. Eine Stadt wie Tübingen - nur auch weit kleinere Plätze - würden dann eine evangelische, eine katholische, und wahrscheinlich auch noch eine freie Schule aufzubauen haben. Drei Schulen also an Stelle einer einzigen bisher. Wer hat die Raumfrage, wer stellt die finanziellen Mittel und die Lehrkräfte zur Verfügung, die bei einer solchen Entwicklung mehr benötigt werden? Ist dann, bei unserer entsetzlichen Armut, ein geordneter Schulbetrieb überhaupt noch möglich? Wird nicht vielmehr ein allgemeiner Niedergang unseres gesamten Volksschulwesens die unausbleibliche Folge sein?

Das sind allein die materiellen Gefahren. Jeder Verantwortliche möge sich unter Beachtung ihrer Tragweite mit ihnen auseinandersetzen. Es muß aber hier ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Abstimmung über das Schulgesetz ausschließlich die Volksschulen betrifft. Die höheren Schulen dagegen behalten unverändert ihre christliche Gemeinschaftsschule bei. Ist, was für die höheren Schulen recht ist, für die Volksschulen etwa nicht billig? Soll der Volksschüler im erbitterten Kampf ums Dasein, der unsere Zeit kennzeichnet, noch schlechter ausgerüstet sein, gegenüber seinen Mitschülern von den höheren Schulen noch stärker benachteiligt?

Udenkbar, daß verantwortungsbewußte Eltern diese handgreiflichen, schweren Nachteile einer Schulspaltung übersehen könnten. Andere, wie etwa die Zerstörung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Kinder, müssen wahrhaft tragische Folgen haben. Und was würde die Welt zu einem so beschämenden Rückfall in eine mittelalterliche 'Schulordnung' sagen? Vermeiden wir den Schaden und den Spott, bleiben wir bei unserer christlichen Gemeinschaftsschule.

BERLIN. Die britischen und sowjetischen Behörden in Deutschland haben einen interzonalen Austausch deutscher Kinder vereinbart. Es bisher von ihren Eltern getrennt waren. In der Ostzone befinden sich etwa 1600 Kinder, deren Eltern in der Westzone leben. 450 von ihnen werden am 18. Dezember in Heiligstadt in Niedersachsen gegen 450 aus der britischen Zone schaftsschule.

Advertisement for Chiffon-Seide (July Klein) and Metallschleifer (G. Stammler). Includes contact information for Juli Klein at Tübingen, Telefon 2132 and G. Stammler at Tübingen.

Advertisement for Klepper-Werke (Rosenheim) and National-Registrierkasse. Includes details about motorcycle parts and registration services.

Advertisement for 'Das zweite Ei des Kolumbus' (Narr-Anbau-Kompressor für Pkw) and 'Pferdeverkauf' (horse sale). Includes technical details and contact information for Arthur Steiner.

Advertisement for SINGER Pferdeshandlung (horse dealership) and 'Heirat' (marriage). Includes details about horse sales and matrimonial services.

Forumsveranstaltung der Militärregierung in Calw

Bauern, verteidigt unsern guten Ruf!

Das Gouvernement Militair hatte Vertreter aus 31 Gemeinden des Bezirks zu einer Forumsveranstaltung eingeladen...

Es wurde ausgeführt, daß die Preisentwicklung seit der Besetzung im französisch besetzten Gebiet von der Militärregierung mit größter Aufmerksamkeit überwacht worden sei...

Die Lohnerhöhungen wurden von der Militärregierung ebenfalls gebilligt. Wenn diese als ungenügend bezeichnet würden, so sei daran zu erinnern...

Sehr ausführlich wurde über das Problem der Landwirtschaft gesprochen, von dessen Lösung die Zukunft des deutschen Volkes abhängig sei...

Die Ausführungen über Finanzwesen und Lastenausgleich ließen manche Frage offen. Nach unserem Dafürhalten muß jede Abwälzung der Lastenausgleichgaben auf die breite Masse...

Eine besonders aufgeschlossene Zuhörerschaft fand die Behandlung des Jugendproblems.

Der Janmer geistiger Reichtum und Religiosität der Jugend, der durch die falsche Erziehung während des Dritten Reiches hervorgerufen wurde...

In der sich anschließenden Aussprache verteidigte Kreisobmann Mast die Belange der Landwirtschaft und forderte, daß auch Industrie und Handel in gleicher Weise überwacht werden...

Hirsau. Der neugewählte Gemeinderat wurde durch Bürgermeister Bock verpflichtet und in sein Amt eingeführt. Von den bisherigen 6 Gemeinderäten wurden 5 wiedergewählt...

Zwernberg. Zu einer Abschiedsfeier von Lehrer Schwenk versammelten sich die Mitglieder des ehemaligen Männerchor. Im Jahre 1930 kam Herr Schwenk hierher und übernahm auch den Männergesangsverein...

Waldorf. Unsere Altersjubilare im Dezember sind: Marie Brenner, geb. Lampart, beim Rathaus, geb. am 4. 12. 1871, und Marie Brenner, geb. Schwarz, auf dem Moarhardtberg, geb. am 28. 12. 1875.

Die Landespolizei berichtet Verkehrsunfall mit Todesfolge. Am 4. Dezember ist ein Personenkraftwagen in der Wildbaderstraße in Birkenfeld auf einen Lastzug aufgefahren...

sächlich in der Bekleidungsindustrie, im Gaststättengewerbe und bei den Hausgehilfen. Die Vermittlungen haben zugenommen: 916 Männer und 481 Frauen, insgesamt 1397 Personen...

der Landwirtschaft ebenfalls und erinnert an die unmöglichen Zustände, die insbesondere bei der Viehableberung bislang vorherrschten...

Herr Gouverneur Blanc stattete der Stadt Nagold seinen zweiten Besuch ab. Kurz richtete er an ein aus Männern des Nagolder öffentlichen Lebens stehendes Kreis das Wort...

Blick in die Gemeinden

Der Männergesangsverein Liederkreis hielt eine Versammlung ab, um einen neuen Vorstand zu wählen. Die Wahl fiel mit großer Mehrheit auf den langjährigen früheren, in Sängerkreisen wohlbekanntesten Vorstand...

Bernack. In der Dunkelheit stießen beim heutigen Bahnhofs ein Personenkraftwagen und ein Motorrad zusammen. Der Motorradfahrer und sein Beifahrer stürzten. Letzterer wurde sehr erheblich verletzt.

Sonnenhardt. Der älteste Einwohner der Gemeinde Johann Harsch aus dem Weiler Keutheim, feierte am 6. Dezember seinen 90. Geburtstag.

Loftmann. Am 5. Dezember wurde Frau-Rosine Herb, geb. Stöckel, Witwe, 87 Jahre alt. Am 9. kann Frau Katharina Luft, geb. Knöbler, Witwe, des 69. Geburtstag feiern...

Das Goldmännle von Calw

Ende des Jahres 1792 tat sich etwas in Calw. Man raunte und wisperte und rätselte, doch keiner konnte so recht sagen, was nun eigentlich Wahres sei an der ganzen Sache...

Der Bäck rieb sich indessen die Hände und lachte die trauen Calwer Bürger ordentlich frech an, wenn sie fragend zu ihm traten, weil sie ihre Neugier nimmer zügelig konnten...

Calwer Stadtnachrichten

Heimkehrer. Im Monat November sind aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt: Walter Hage, Gipper, Bischofsstraße 56 (russ.), Friedrich Barca, Pfaffenstraße 30, Rolf Sommer, Baischleser, Badstraße 42, Werner Kaiser, Fotograf, Marktplatz 24, Wilhelm Dittus, Weber, Alsenberg (frz.)...

Neuer Zug nach Stuttgart an Samstagen Zug 2135 Calw ab 12.02 durchgehend nach Stuttgart verkehrt ab 9. Dezember 1948 wieder täglich, also auch an Samstagen...

Nagolder Stadtnachrichten

Dem wiedergewählten Bürgermeister Breilling brachte am Abend des Wahltages noch die Musikkapelle Iselshausen ein Ständchen. Am folgenden Tag wartete auch die Stadtkapelle Nagold mit einem Ständchen auf. Der Arbeitstisch des Bürgermeisters auf dem Rathaus war mit Blumen geschmückt...

Altersjubilare: Mauererwitwe Katharine Gutekunst (11. 12. 60), Witwe Juliana Heide (8. 12. 68), Pauline Köhler, geb. Henninger (30. 12. 73), Landwirt Martin Maser (10. 12. 71), Gemeindevorsteherin Karoline v. Othhausen (8. 12. 72), Witwe Christine Ras, geb. Bäuerle (14. 12. 69), Katharine Reck (11. 12. 67), Witwe Christiane Sattler, geb. Raaf (24. 12. 65), Kreisbauinspektor R. Gustav Schleicher (25. 12. 72), Witwe Wilhelmine Schödl, geb. Weimer, (26. 12. 73), Röttenermeister a. D. Adam Pfefferle, Iselshausen (18. 12. 69).

Tonfilmtheater Nagold. Über das Wochenende gehen wir die beliebtesten Filmstars Johannes Heesters und Lilli Waldmüller in „Es lebe die Liebe“.

Aus der Nachbarnstadt Pforzheim Debatte um die Schulhäuser. Um die Schulhausfrage stritten am 10. letzten Sitzung des Stadtrats eine lebhaft Debatte ein. Dr. König, als Vertreter für Baufragen, unterrichtete die Stadtväter mit dem Stand der Schulgebäude. Es soll an diesem Gebiet getan werden was möglich ist und der Anfang damit wurde auch schon gemacht.

Arbeitsuchende mehrern sich fortgesetzt

Der langsame Anstieg der Arbeitsuchendenziffer hat sich fortgesetzt, wenn auch noch nicht von einer fühlbaren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage gesprochen werden kann. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug am Stichtag 1153 (668 Männer und 485 Frauen)...

Die öffentliche Geburt von zwei gesunden Jungen zeigen in sanfter Freude an Karl Bauer und Frau Hanne, geb. Weinert, Erasmühl, den 2. Dezember 1948.

Wir ladet Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am 11. Dez. im Gasthaus zum „Lamm“ stattzufindenden Hochzeit ein. Karl-Heinz Weiser, Helwig Schraft, Dörselort, Agnabach, Kirchgang 1/2 Uhr in Agnabach.

Verschiedenes Kleines Haus in Waldnähe oder im W., auch allein oder ebenfalls gelegen, gegen Barzahlung zu kaufen gesucht. Angebote unter C 1866 an Schw. Tagbl. Neunab.

Suche 3000.- DM auf 1. Sicherheit (Neubau). Angebote unter C 1847 an Schw. Tagbl. Neunab.

Stellenangebote Untervorleiter aus der chem. technischen Branche, zum Besuch v. Industrie, Gewerbe u. Großverbraucher für Nordteil 140 gesucht. Gute Löhnmöglichkeiten und Prov.-Sätzen. Angebote unter C 58 an Schw. Tagbl. Calw.

Tüchtiger Juwelen-Goldschmied welcher auch in der Anfertigung von Goldmodellen bewandert ist, bei gutem Lohn zum sofortigen Eintritt gesucht. Wilhelm Uehlinger, Schmuckwarenfabrik, Birkenfeld, Panoramastraße 23.

Tiermarkt Rind, ein zweijähriges, sowie ein 6 Monate altes, hat zu verkaufen. Georg Barkhardt, Ottensbrunn.

Schönen Schafloosen, guter Ein- und Zweispänner, etwa 14 Ztr. schwer, verkauft Chr. Kusterer, Meisenbach.

Schafloosen, ein Paar gängige, setzt dem Verkauf aus. Chr. Schalte, Schönbrunn, Kr. Calw. Gute Nutz- und Fahrkut mit Kalb zu verkaufen. Niebelbach, Haus Nr. 111.

Junge Netz- und Fahrkut setzt dem Verkauf aus. Gottlieb Lutz, Gipper, Deckenpfronn. Kalbs, schönes, hochtracht., Rot-schwarz, gut gewöhnt, verkauft Eugen Kindler, Deckenpfronn.

Verkäufe Schwarze Herrentuchmantel mit Nutria-Polzfutter u. großem Fischer-Kragen (für Gr. 175 Motor) zu verkaufen. Angebote unter C 40 an S. T. Calw.

Geschäftliches Achtung! Ambulant. Gewerbe und Einzelhandelsgeschäfte. Sie können bei Selbstabholung bei mir noch bunten Glas-Christbaumschmuck erhalten, zu günstigen Preisen.

Verband der Körperbehinderten, Arbeiterpolitiken u. Hinterbliebenen Am Sonntag, 12. Dezember 1948, 14 Uhr, findet im Grünen Baum-Saal in Allenssteig die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Allenssteig und Umgebung statt. Alle Opfer des Krieges, der Arbeit und Hinterbliebenen sind eingeladen. Der Ortsbeauftragte.

Stils Was der Kleintierzüchter braucht. Finden Sie bei Otto Jung, Calw, Marktstraße 9.

Gartensamen Für Gärtner, Wiederverkäufer und Verbraucher liefert in bekannter Qualität Emil Stupp, Samenhandlung seit 1940, Gösingens/WBrt., Verlangen Sie Sortenliste.

Gezügelt- u. Kaninchenzüchter-Verein Calw Zu unserer am 11. u. 12. Dezember in der Stadthalle stattfindenden Kreisschau für Gezügelt und Kaninchen mit Preisverleihung und Produktentlofen laden wir herzlich ein.

Kreisschau für Gezügelt und Kaninchen mit Preisverleihung und Produktentlofen laden wir herzlich ein.

ROHFELLE Fische, Marder, Iltis, Kanin, Katzen, Ziegen, Schaffelle kaufe ich zu höchstem Tagespreisen und bitte um Angebote. Die Ware wird am Wannen abgeholt. Fritz Burkhardt, Hindler, Neuwelt, Telefon 26.

Gammelschutzmittel DM 4.- p. 12 Stück, zuzügl. Nachnahme, liefert Sania-Verband, Landsberg/Loch, Postfach 18.